

klar, dass eine Rückkehr in die Ostgebiete ausgeschlossen war. Somit wurden nun auch die Flüchtlinge zu Vertriebenen. Die Begriffe „Umsiedler“ und „Neubürger“ sind oktroyierte Termini und implizieren eine bestimmte politische Absicht. Sie werden daher nur gekennzeichnet verwendet. Als Bestandteil von Amtsbezeichnungen entfällt diese Hervorhebung.

2. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten

Die Flucht vor der Roten Armee

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten wird in drei Phasen unterteilt: Die Flucht, die „wilde“ Vertreibung und die vertraglich festgelegte Vertreibung nach dem Potsdamer Abkommen.

Je schlechter die militärische Lage an der Ostfront wurde, desto dringender war die Ausarbeitung von Evakuierungsmaßnahmen für die Ostgebiete des Reiches. Zwar existierten solche Pläne ab der zweiten Hälfte des Jahres 1944, aber viele Gauleiter zögerten die Evakuierung hinaus, bis die Front die bedrohten Gebiete erreicht hatte. Oft wurde der Befehl zum Verlassen der Orte gar nicht oder nur wenige Stunden vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen erteilt, was tragische Folgen für die Zivilbevölkerung hatte, da sie in das Kampfgeschehen geriet oder von den Panzern überrollt wurde.

Nachdem im Oktober 1944 die Sommeroffensive der Roten Armee Ostpreußen erreicht hatte, begann die erste große Fluchtwelle der deutschen Bevölkerung. Etwa 500.000 Menschen verließen in dieser Phase der Evakuierung, die noch relativ gut organisiert war, die Provinz und wurden nach Pommern, Sachsen oder Thüringen gebracht. Mit der am 12. Januar 1945 beginnenden Großoffensive der sowjetischen Truppen war an eine planmäßige Evakuierung nicht mehr zu denken, trotz aller Verbote flohen tausende Menschen Richtung Westen. Durch einen sowjetischen Vorstoß aus dem Süden wurde einem Großteil von ihnen der Fluchtweg abgeschnitten. Mit der Besetzung Allensteins am 21. Januar 1945 gab es nur noch die Möglichkeiten von Pillau aus über das Meer oder über das zugefrorene Frische Haff zu entkommen. Ca. eine Million Menschen gelang auf diesen Wegen die Flucht.

Auch in Pommern und Westpreußen wurde mit der Evakuierung nicht rechtzeitig begonnen. Die einströmenden Flüchtlinge aus Ostpreußen erschwer-

ten die Lage zusätzlich. Nach der Januaroffensive der Roten Armee blieb nur noch die Ostsee als Fluchtweg. Insgesamt konnten ca. 2.186.500 Personen über den Seeweg gerettet werden, etwa ein Prozent - 20.000 bis 25.000 Menschen - kam dabei ums Leben.

Die Flucht der schlesischen Bevölkerung fand im Allgemeinen unter günstigeren Bedingungen statt als in anderen Teilen Ostdeutschlands, da Schlesien nicht im Handstreich überrollt werden konnte und der Bevölkerung bis zuletzt die Möglichkeit zur Flucht über das schlesisch-böhmische Gebirge blieb. Am 19. und 21. Januar 1945 wurden die ersten Evakuierungsbefehle erlassen, die zunächst aber nur für Frauen, Kinder und Alte galten, da die Männer in der Industrie und Verwaltung noch gebraucht wurden. Ursprünglich wurden die Deutschen aus Schlesien nach Sachsen, Thüringen und in das westliche Reichsgebiet evakuiert. Als dieser Fluchtweg durch den Vormarsch der Roten Armee abgeschnitten wurde, gelang es noch ca. 1,6 Millionen Schlesiern in das Sudetenland zu flüchten, genau so viele Menschen aus Schlesien konnten sich in das deutsche Reichsgebiet retten. Etwa 1,5 Millionen Personen blieben zurück oder wurden unterwegs von sowjetischen Truppen überrollt. Während sich die Flucht der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen und Schlesien über vier Monate hinzog, erfolgte sie in den Gebieten des damaligen Generalgouvernements, des Warthegaus und Ostbrandenburgs innerhalb von 14 Tagen und war bereits Ende Januar 1945 im Wesentlichen abgeschlossen. Von den ca. 1,4 Millionen Deutschen in diesen Gebieten konnten ungefähr 30 bis 40 Prozent fliehen. In der Regel hat die polnische Bevölkerung die Transporte der Deutschen nicht behindert, nur in Einzelfällen ist die flüchtende deutsche Bevölkerung von fanatischen Polen bedroht worden.

Auch im Sudetenland kam es vor Kriegsende zu Fluchtbewegungen. Im Januar und Februar 1945 war es zunächst Ziel des Flüchtlingsstroms aus Schlesien gewesen. Mit dem Vordringen der Roten Armee im März 1945 wurden auch einige Kreise des Sudetenlandes Evakuierungsgebiet. Die Bereitschaft der Bevölkerung zur Flucht war allerdings angesichts des nahenden Zusammenbruchs nicht mehr hoch.

Die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung wurde durch den schweren Winter von Januar bis März 1945 zusätzlich erschwert. Zu Erfrierungen, eisglatten Straßen und schneeverwehten Wegen kam der Mangel an Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen und ausreichenden Transportmitteln noch hinzu. Durch den schnellen Vormarsch der Roten Armee mussten die Flüchtlinge außerdem immer damit rechnen eingeschlossen zu werden oder auf offener Straße in Kampfhandlungen hineinzugeraten. Dennoch wurden unzählige Menschen durch die Flucht vor noch Schlimmerem bewahrt. Die Ereignisse, die sich beim ersten Zusammentreffen der Roten Armee und der zurückgebliebenen ostdeutschen Bevölkerung abspielten, nahmen ein entsetzliches Ausmaß an. Als besonders erschütternd wird immer wieder das Massaker an der deutschen Bevölkerung im kleinen ostpreußischen Ort Nemersdorf im Herbst 1944 herausgehoben.

Die genaue Zahl der Menschen zu bestimmen, die von Evakuierung und Flucht betroffen waren, ist äußerst schwierig. Bisher ging man von ca. 7.494.000 Evakuierten und Flüchtlingen aus. Neuere Forschungen deuten darauf hin, dass eine Zahl von sechs Millionen Menschen der Realität nahe kommt.

Die „wilden“ Vertreibungen

Die Zeit zwischen Kriegsende und der Potsdamer Konferenz wird als Periode der „wilden“ Vertreibung bezeichnet. Um nach Möglichkeit bis zum Zusammentreffen der Siegermächte vollendete Tatsachen zu schaffen, begannen im Einverständnis mit der sowjetischen Führung unmittelbar nach Kriegsende Polen bzw. Tschechen, die Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße bzw. aus Böhmen und Mären auszuweisen.

Die Politik der Vertreibung war in den Augen Stalins eine logische Konsequenz aus der bereits während des Krieges beschlossenen Westverschiebung Polens. Auch die Westmächte stimmten dieser Politik zu, denn man meinte damit ein für allemal das deutsch-polnische Minderheitenproblem lösen zu können und

berief sich dabei auf das Beispiel der Aussiedlung der Griechen aus der Türkei im Jahre 1923. Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in den besetzten Gebieten trug dazu bei, dass sich diese radikalen Lösungen durchsetzen konnten. Historiker sehen in der westlichen Zustimmung zur Vertreibung der Deutschen „einen Prozeß der antwortenden Nachahmung totalitärer Verbrechen.“²³ Die rücksichtslose Vertreibungspolitik Hitlers gegenüber anderen Nationalitäten fiel nun auf die Deutschen zurück.

In Danzig wurde die deutsche Bevölkerung bereits Anfang Juni 1945 durch öffentliche Anschläge zur Ausreise aufgefordert und mit Zügen nach Westen transportiert. Plünderungen und Misshandlungen durch Polen und sowjetische Soldaten waren an der Tagesordnung. Ende Juni 1945 begann die Vertreibung in Ostbrandenburg, im westlichen Hinterpommern und im westlichen Niederschlesien. Innerhalb kürzester Zeit mussten die Deutschen ihre Häuser verlassen und sich mit dem, was sie auf die Schnelle von ihrem Besitz mitnehmen konnten, in langen Fußmärschen auf den Weg in Richtung Oder bzw. Neiße machen. So gelangten die meisten Hinterpommern aus den odernahen Gebieten nach Vorpommern. Im Oktober 1946 lebten fast 70 Prozent der Vertriebenen aus Pommern in Mecklenburg(-Vorpommern.) Die „wilden“ Vertreibungen aus Ostbrandenburg und Schlesien erfolgten vor allem nach Brandenburg und Sachsen. Am 10. Juli 1945 wurden die Ausweisungsaktionen so plötzlich, wie sie begonnen hatten, gestoppt. Offenbar fürchtete man auf sowjetischer Seite das Bekanntwerden der Maßnahmen sowie katastrophale Zustände in der angrenzenden eigenen Besatzungszone. Dennoch waren von dieser ersten Vertreibungsaktion, die sich auf den Zeitraum von zwei bis drei Wochen beschränkte, 300.000 bis 400.000 Deutsche betroffen. Aus der Tschechoslowakei, wo die Lage durch Flüchtlinge aus Schlesien zusätzlich gespannt war, wurden die Deutschen seit Mitte Mai 1945 ausgewiesen. Seit dem tschechischen Aufstand, der am 5. Mai 1945 in Prag ausbrach und sich schnell über das ganze Land verbreitete, war die deutsche Bevölkerung der Rache und Willkür der Tschechen ausgeliefert. Zu diesem Zeitpunkt versuchten die ersten Deutschen in die amerikanische Besatzungszone oder nach

Sachsen zu entkommen. Partisanen und die mit der Roten Armee eingerückte Svoboda-Armee²⁴ begannen nach Kriegsende die deutsche Bevölkerung mit ungeheurer Brutalität zu vertreiben. Von dieser ersten Austreibungswelle, deren Höhepunkt im Juni und Juli 1945 lag, waren etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche betroffen. 150.000 von ihnen gelangten nach Österreich, die Mehrheit kam jedoch nach Bayern und Sachsen. Weitere Zehntausende waren in Lager eingewiesen oder nach Innerböhmen und -mähren zum Arbeitseinsatz verschleppt worden.

Keine Etappe der späteren Ausweisungen verlief unter ähnlich unmenschlichen und so brutalen Methoden, wie diese erste noch vor dem Abschluss des Potsdamer Abkommens vollzogene Vertreibung.

Die vertraglich festgelegten Vertreibungen

Bereits auf den Konferenzen von Teheran²⁵ und Jalta²⁶ berieten die Alliierten die ethnische und territoriale Neuordnung Europas. Wichtige Details, wie der genaue Verlauf der deutsch-polnischen Grenze, waren jedoch offen gelassen worden. Als die drei Siegermächte sich am 17. Juli 1945 in Potsdam erneut trafen, behauptete Stalin, dass sich östlich der Oder und Neiße keine Deutschen mehr aufhielten, sondern nur noch Polen, so dass ein Umsiedlungsbeschluss keine weiteren Schwierigkeiten und Bevölkerungsverschiebungen für die anderen alliierten Besatzungszonen Deutschlands mit sich bringen würde.²⁷ Auch wenn die Westalliierten Stalins Aussagen als taktisches Mittel durchschauten, konnten sie ihm wenig entgegensetzen und waren schließlich bereit, den sowjetischen Vorschlag in Bezug auf die neue polnische Westgrenze schon vor einem endgültigen Friedensvertrag zu akzeptieren. Nachdem Moskau bereits, ohne den Westen zu kontaktieren, eine neue Besatzungszone in Deutschland für Polen geschaffen hatte, die dem Kontrollrat nicht unterstellt war, wurden die Gebiete östlich der Oder und Görlitzer Neiße nun offiziell unter polnische Verwaltung gestellt. Somit wurden sie nicht als Teil der sow-